



An Bundeskanzler Mag. Christian Kern  
Ballhausplatz 2  
1010 WIEN

Abs.: Mag. Werner Kogler  
Dr.in Monika Vana

Betr.: Neutralität und parlamentarische Behandlung von PESCO

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
Sehr geehrter Herr Mag. Christian Kern,

13.12.2017

wir haben verwundert zur Kenntnis genommen, dass sich die Bundesregierung zur Teilnahme an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) ohne vorausgehender breiter parlamentarischer Behandlung verpflichten will. Unsere Bedenken begründen sich darauf, dass PESCO potenziell die Grundlage für einen europäischen Militärpakt bildet, der auch zu internationalen Einsätzen nach höchsten Anforderungen befähigt werden soll.

Die Mitgliedschaft Österreichs an diesem militärischen Kerneuropa steht in deutlichem Widerspruch zur Neutralität und gefährdet die bisherige außen-, sicherheits- und friedenspolitische Linie unseres Landes. Schließlich wird mit PESCO auch eine ständige Aufrüstung der beteiligten Armeen vorgesehen.

Eine Vorab-Befassung des Nationalrates sehen wir als demokratiepolitische Voraussetzung für die Zustimmung zu diesem äußerst weitgehenden Projekt der militärischen Zusammenarbeit. Leider hat in Österreich bisher keine parlamentarische Debatte dazu stattgefunden. In Irland sind durch eine parlamentarische Behandlung eine Reihe neutralitätspolitischer Bedenken aufgekommen, die für die Mitgliedschaft Irlands bei PESCO eine zentrale Rolle spielen werden.

Als Bundeskanzler der Republik Österreich fordern wir Sie deshalb auf, bei der Sitzung des Europäischen Rates am Donnerstag, dem 14. Dezember 2017 eine förmliche Erklärung zur zukünftigen Stellung der Neutralität Österreichs anzukündigen. Diese Erklärung soll folgende Punkte beinhalten:

1. Die Teilnahme an der Ständig Strukturierten Zusammenarbeit stellt die Mitwirkung an einer Vorform eines Militärbündnisses dar, das jederzeit durch die Einrichtung eines Oberkommandos zu einer tatsächlichen Militärallianz auswachsen kann.
2. In dem Moment, da kein Mandat der Vereinten Nationen für einen internationalen Einsatz vorliegt, wird das Gewaltverbot der Vereinten Nationen durch EU-Truppen übertreten und Österreich liefe Gefahr - soweit es an einem derartigen Einsatz mitwirkt - in einen Krieg hineingezogen zu werden.
3. Die mit der Teilnahme an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zu erwartende Durchfuhr von Truppen oder Waffen in einen Krieg, stellt ein weiteres Element des potenziellen Neutralitätsbruches dar.
4. Auch die Bildung eines wettbewerbsfähigen Rüstungsmarktes inklusive der Willenserklärung zu gemeinsamen Waffenexporten kann die Neutralität Österreichs durch einseitige Unterstützung einer Kriegspartei in Gefahr bringen.

Wir ersuchen Sie eindringlich, Herr Bundeskanzler, beim Europäischen Rat den Schlussfolgerungen in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen bzw. eine entsprechende Klärung zur Neutralität Österreichs in diesem Zusammenhang anzukündigen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Mag. Werner Kogler  
Bundessprecher Grünen

Dr.in Monika Vana  
Mitglied des Europäischen Parlamentes